



STADT HERDECKE

Öffentliche Bekanntmachung

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 20.12.2017

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) vom 16.11.2006 (GV.NRW.2006, S. 516), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.04.2013 (GV.NRW.2013, S. 208), i. V. m. § 27 Abs. 1 und §§ 30 ff. des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG -) vom 13.05.1980 (GV.NRW. S. 528/SGV NRW 2060) in der zurzeit geltenden Fassung und i. V. m. § 41 Abs. 1 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung wird von der Stadt Herdecke als örtlicher Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Herdecke in seiner Sitzung vom 07.12.2017 verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

Aus den besonderen Anlässen des Frühlingsfestes am 15.04.2018, der Genießertage am 22.07.2018, des Herbstfestes am 16.09.2018 und des Winterzaubers am 02.12.2018 dürfen in der Herdecker Innenstadt Verkaufsstellen im Sinne des § 3 Abs. 1 LÖG NRW in der Hauptstraße Nr. 1 bis 62, der Uferstraße 3, der Stiftsstraße, der Wetterstraße Nr. 1 bis 10, der Frühlingstraße, der Wilhelm-Gräfe-Straße, der Mühlenstraße Nr. 1 bis 15 und der Kampstraße an dem jeweiligen Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet werden.

§ 2

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 Verkaufsstellen außerhalb des genannten Bereichs oder außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 Abs. 2 LÖG NRW mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Ordnungsbehördliche Verordnung tritt am 15.04.2018 in Kraft und mit Ablauf des 02.12.2018 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Verordnung wird hiermit verkündet.

Hinweis

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen die vorstehende Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Herdecke vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Herdecke, 20.12.2017

Dr. Strauss-Köster